

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Gemeinderat der Stadt Biberach

Johann Späh
Edith-Stein-Weg 24
88400 Biberach
Tel: 07351/29648
e-mail: jspaeh@versanet.de

Antrag der Grünen über den Oberbürgermeister der Stadt Biberach an den Gemeinderat der Stadt Biberach

Biberach, 29.09.2014

Antrag-Nr.: AT 31/2014	Eingang bei 1013
An federführendes Amt: 10	29.09.2014
Kopien an beteiligte Dezernate/ Ämter I, II, III, IV, 10, 1013, GR	

Resolutionsantrag zu TTIP (Transatlantisches Handelsabkommen EU-USA) - Antrag der Grünen-Fraktion

Beschlussantrag:

Sehr verehrte Damen und Herren,
der Gemeinderat beschließt: als Resolution an die Bundesregierung folgenden Inhalt.

Die Stadt Biberach wendet sich gegen folgende Punkte im momentan verhandelten TTIP-Abkommen das die kommunale Selbstverwaltungsebene einschränkt.

1. Einschränkungen von Umweltauflagen, Arbeitnehmerrechten und Verbraucherschutz dürfen nicht im Zuständigkeitsbereich der kommunalen Selbstverwaltung gefährdet werden.
2. Bei öffentlichen Ausschreibungen und Vergaben darf die kommunale Vergabe nicht gefährdet werden.
3. In die regionale und kommunale Energie- und Klimapolitik darf nicht eingegriffen werden.
4. Die Wasserversorgung in kommunaler Hand darf nicht gefährdet werden.
5. Die Projekte zum „fairen Handel“ dürfen für Fair-Trade-Städte nicht gefährdet werden.
6. Die kommunale Subventionierung von örtlichen Bildungs- und Kultureinrichtungen dürfen nicht gefährdet werden.
7. Die Subventionierung des ÖPNV muss weiter kommunal möglich sein.
8. Mit der geforderten Beschleunigung von Genehmigungsverfahren darf die kommunale Entscheidungs-Ebene nicht eingeschränkt werden.
9. Das von der Stadt als Resolution einstimmig verabschiedete Fracking-Verbot darf nicht über das TTIP umgangen werden.
10. Die regionale Landwirtschaft müsste über das TTIP die Gentechnik erlauben. Dies entspricht nicht unserem kommunalen Anspruch.

11. Das kommunale Haushaltsrecht darf durch das TTIP-Abkommen nicht eingeschränkt werden.
12. Wir wenden uns gegen einen verschärften Sparzwang der kommunalen Haushalte mit möglichen notwendigen Privatisierungen der kommunalen Daseinsvorsorge.

Begründung:

Das transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und USA (TTIP) gefährdet in vielen kommunalen Geschäftsfeldern die kommunalen Grundlagen unserer Daseinsvorsorge.

Deshalb halten wir es für notwendig wenn die Kommunen (Stadt Biberach) sich mit einer Resolution an die Bundesregierung wendet um die ablehnenden Punkte kundzutun.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Wir bitten um Zustimmung
Johann Späh
Fraktionsvorsitzender